

Amtsblatt

der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Teil I

Nummer 19

Ausgegeben in München am 15. Oktober 2007

Jahrgang 2007

Inhalt

Seite

I. Rechtsvorschriften

Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes 354

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Informationstag „Lernort Staatsregierung“ 355

Pädagogische Betreuung von Schulklassen im Bayerischen Landtag 356

Erprobung des Einsatzes von Anbietern von Personaldienstleistungen an staatlichen Gymnasien, Realschulen, Berufsschulen, Wirtschaftsschulen und Fachoberschulen im Bereich des Regierungsbezirkes Unterfranken 358

Zulassung von Lernmitteln 378

III. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen

—

I. Rechtsvorschriften

2230-7-1-1-UK

Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes Vom 15. Mai 2007 (GVBl S. 391)

Auf Grund des Art. 60 Satz 2 Nrn. 2 und 6 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455; ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 400), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus im Einvernehmen mit den Bayerischen Staatsministerien der Finanzen und des Innern folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (AVBaySchFG) vom 23. Januar 1997 (GVBl S. 11, BayRS 2230-7-1-1-UK), zuletzt geändert durch § 1 der Verordnung vom 18. August 2005 (GVBl S. 464), wird wie folgt geändert:

1. § 7 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 2 erhält die Aufstellung der Pauschalen folgende Fassung:

„Volksschulen	1 100 €
Realschulen, Abendrealschulen	675 €
Gymnasien (einschließlich Kollegs), Abendgymnasien	700 €
Wirtschaftsschulen	975 €.“

b) In Satz 3 werden die Worte „An Volksschulen kann die Pauschale nur für Schüler erhoben werden, die Gast Schüler im Sinn von Art. 43 Abs. 2 BayEUG sind; wird“ durch das Wort „Wird“ ersetzt.

c) In Satz 4 werden die Worte „475 €“ durch die Worte „500 €“ ersetzt.

2. In § 15 wird vor den Worten „staatlichen Schulen“ das Wort „entsprechenden“ eingefügt.

3. § 16 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„²Die für staatliche Schulen geltenden Regelungen über die Wiederbesetzungssperre sind entsprechend anzuwenden.“

b) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.

4. In § 17 Abs. 8 Satz 1 werden die Worte „und zur Unfallberufsgenossenschaft (für staatliche Lehrkräfte)“ gestrichen.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2007 in Kraft.

München, den 15. Mai 2007

Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus

Siegfried Schneider
Staatsminister

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

2230.1.1.1.1.3-UK

Informationstag „Lernort Staatsregierung“

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 24. Juli 2007 Az.: 5 3061

Auf Beschluss der Bayerischen Staatsregierung wird das Programm „**Lernort Staatsregierung**“ durch die Bayerische Landeszentrale bis auf weiteres fortgeführt. Im Rahmen verstärkter Bemühungen um die politische Bildung der Jugend werden die schon seit vielen Jahren mit großem Erfolg durchgeführten Besuche von Schulklassen an den Bayerischen Staatsministerien und an der Bayerischen Staatskanzlei auch in Zukunft angeboten.

Der Informationstag „**Lernort Staatsregierung**“ will über Aufgaben und Arbeitsweisen der Bayerischen Staatsregierung (Exekutive) informieren. Die Jugendlichen sollen „vor Ort“ einen Einblick bekommen, wo Politik gemacht wird und wie der politische Entscheidungsprozess abläuft. In Gesprächen mit leitenden Beamten und – nach Möglichkeit – mit Mitgliedern des bayerischen Kabinetts wird ein Beitrag geleistet, die Distanz zwischen Jugend und Staat abzubauen.

Teilnehmerkreis:

An dem Programm können die 9. (und ggf. 10.) Klassen der Hauptschulen (ggf. auch Förderschulen) die 10. Klassen der Realschulen, Wirtschaftsschulen und Gymnasien sowie auch deren 11. Klassen und Kollegienkurse (K12/K13) teilnehmen.

Es können sich auch interessierte Klassen der Fach- und Berufsoberschulen (11. und 12. Jahrgangsstufe) für einen Besuch bei der Bayerischen Staatsregierung bewerben.

Grundsätzlich kann sich jede Schule in **jedem** Schuljahr für einen Termin bewerben.

Vorbereitung und Durchführung:

Der Informationstag findet in der Landeshauptstadt München, dem Sitz der Bayerischen Staatsregierung, statt.

Die inhaltliche Vorbereitung der eintägigen Informationsfahrt wird an den Schulen durchgeführt; verbindliche Richtschnur bilden dabei die Lehrplanvorgaben für den Bereich der politischen Bildung. Eine **gründliche Vorbereitung** der teilnehmenden Schüler ist

Voraussetzung für die Teilnahme. Die eingeladenen Gruppen erhalten von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Hinweise und ggf. Materialien zur Vorbereitung. Die Informationstage selbst werden von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit organisatorisch betreut und inhaltlich gestaltet. Die Kosten für die Verpflegung trägt die Landeszentrale, zu den Fahrtkosten wird ein Zuschuss gezahlt.

Zeitlicher Ablauf des Informationstages:

9.45 Uhr	Ankunft an einem Staatsministerium oder an der Staatskanzlei
ca. 13.00 Uhr	Mittagessen
ca. 16.00 Uhr	Ende der Veranstaltung

Vorgesehenes Programm:

- Vorstellung der Aufgaben und des Aufbaus des jeweiligen Ministeriums bzw. der Bayerischen Staatskanzlei durch einen Beamten des Hauses
- Vortrag und Gespräch über einen Aufgabenschwerpunkt des Ressorts nach vorhergehender Absprache hinsichtlich der Wünsche und Interessen der Schüler
- ggf. Rundgang durch das Gebäude
- Nach Möglichkeit Gespräch mit dem/der Staatsminister(in)/Staatssekretär(in) oder deren Persönlichen Referenten
- Aufarbeitung der am Vormittag erhaltenen Informationen; Abschlussdiskussion
- Besichtigung der Bayerischen Staatskanzlei

Anmeldung:

Zur Teilnahme an den Informationstagen können Schulen ab sofort ihre formlose Anmeldung richten an die

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Brienner Straße 41
80333 München
Fax : 089 / 21 86 – 21 80
Internet: www.politische-bildung-bayern.de
unter: Veranstaltungen „Lernort Staatsregierung“

Die Meldung der Schule soll folgende Angaben enthalten:

- Schuladresse mit Telefon- und Faxnummer
- teilnehmende Klasse/Gruppe (Schülerzahl) und verantwortliche Lehrkraft

- ggf. gewünschter Zeitraum des Besuchs in München und bevorzugtes Ressort.

Jede Schule kann grundsätzlich pro Schuljahr nur **eine** Gruppe mit maximal 33 Schülern melden. Erwünscht sind auch klassenübergreifende Gruppen von interessierten Schülern aus einer Jahrgangsstufe, oder z.B. Wahlkurse Politik und Zeitgeschichte o.Ä., falls dies schulintern organisiert und genehmigt werden kann.

Wir weisen darauf hin, dass es grundsätzlich nicht möglich ist, innerhalb eines Schuljahres eine Einladung sowohl zu einer Teilnahme am Programm „Lernort Staatsregierung“ als auch zu einem Landtagsbesuch im Rahmen der Pädagogischen Betreuung zu erhalten. Diese Einschränkung soll es erlauben, möglichst viele Bewerber zumindest einmal bei einem der Angebote zum Zuge kommen zu lassen.

Nach der Anmeldung bei der Landeszentrale wird diese – bei Berücksichtigung der Schule – das Ressort, den endgültigen Termin und alle weiteren Verfahrensschritte mitteilen.

Falls für Schulen aus Nordbayern eine zweitägige Fahrt zum „**Lernort Staatsregierung**“ und zur KZ-Gedenkstätte Dachau koordiniert werden soll, ist die Landeszentrale organisatorisch zur Mithilfe bereit.

Die Bekanntmachung vom 21. September 2006 (KWMBI I S. 302, StAnz Nr. 41) wird hiermit aufgehoben.

Er h a r d
Ministerialdirektor

KWMBI I 2007 S. 355
StAnz 2007 Nr. 40

2230.1.1.1.1.3-UK

Pädagogische Betreuung von Schulklassen im Bayerischen Landtag

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus
vom 24. Juli 2007 Az.: 5 3061**

1. Besuche von Schülergruppen im Bayerischen Landtag

Der Bayerische Landtag leistet mit der Pädagogischen Betreuung von Schulklassen einen wichtigen Beitrag im Rahmen der politischen Bildung. In Ergänzung zum Sozialkundeunterricht erhalten Schülerinnen und Schüler der verschiedenen Schularten unter Anleitung von Fachkräften einen lebendigen Eindruck von der Praxis parlamentarischer Arbeit. Ziel des Landtagsbesuches von Schulklassen ist es, bei jungen Menschen ein vertieftes Verständnis für die Erscheinungsformen und Spiel-

regeln der modernen Demokratie zu fördern. Daraus soll die Einsicht erwachsen, dass unsere demokratische Ordnung einerseits Freiheitsrechte gewährt, andererseits aber auch vom Einzelnen die Bereitschaft erwartet, Verantwortung zu übernehmen.

Teilnehmerkreis

An dem Programm der Pädagogischen Betreuung können Klassen und Kurse aller Schularten teilnehmen, deren Lehrpläne die Bayerische Verfassung und das parlamentarische Regierungssystem behandeln (z.B. ab 8. Klasse Hauptschule bzw. ab 10. Klasse Realschule/Gymnasium). Zusätzlich bietet der Bayerische Landtag für Referendare und Lehrkräfte spezielle Fortbildungsveranstaltungen an, um sie mit den Aufgaben des Landtags und aktuellen Themen des Landesparlamentarismus vertraut zu machen.

Vorbereitung und Durchführung

Die Vorbereitung des Landtagsbesuches erfolgt an den Schulen. Zu diesem Zweck erhalten die Lehrkräfte der eingeladenen Klassen vom Landtagsamt auf Anforderung geeignete Unterrichtsmaterialien. Ferner wird auf das Internetangebot des Landtags unter <http://www.bayern.landtag.de> verwiesen, das u.a. über aktuelle Sitzungspläne, Tagesordnungen und die Biographien der Abgeordneten informiert. Außerdem wird dort das Gesamtangebot an Unterrichtsmaterialien vorgestellt, das beim Bayerischen Landtag erhältlich ist.

Seit Herbst 2005 gibt es zudem eine eigene Jugendwebsite des Bayerischen Landtags (<http://jugend.bayern.landtag.de>), die neben jugendgemäßen Informationen über das bayerische Parlament unter anderem auch ein Quiz sowie Spiele anbietet und einen Blick hinter die Kulissen des Maximilianeums ermöglicht.

Die Erfahrung lehrt, dass eine gründliche Vorbereitung an der Schule die Voraussetzung für einen nutzbringenden Landtagsbesuch ist. Die Schülerinnen und Schüler erhalten im Maximilianeum eine Informationsmappe, die ein breites Spektrum an Themen (z.B. Landtagswahl, Organisation und Aufgaben des Parlaments sowie Vermittlung wesentlicher parlamentarischer Abläufe, Bayern und Europa) aufgreift. Die Mappe ist auch für die Nachbereitung des Landtagsbesuches im Unterricht geeignet. Eine Schülergruppe soll in der Regel die jeweilige Klassenstärke nicht überschreiten; bei kleineren Klassen oder Kursen ist eine Zusammenlegung mit Parallelklassen/-kursen möglich. Die Gruppe soll aber insgesamt nicht mehr als 35 Personen umfassen. Entsprechend den Richtlinien für Besuchergruppen erhalten Schulklassen einen Fahrtkostenzuschuss.

Programmablauf

- Einführung in Aufbau und Arbeitsweise des Parlaments
- Besuch des Plenums oder eines Ausschusses
- Gespräch mit Abgeordneten der Fraktionen
- ggf. Führung durch das Maximilianeum

Anmeldung

Schulen können ihre formlose schriftliche Anmeldung richten an:

Bayerischer Landtag – Landtagsamt
Referat P V: Öffentlichkeitsarbeit, Besucher, Protokoll
Sachbereich Pädagogische Betreuung
Maximilianeum
81627 München
Tel.: 0 89 / 41 26 – 23 36 oder 27 05
Fax: 0 89 / 41 26 – 12 34 oder 16 67
E-Mail: paed.betreuung@bayern.landtag.de

Die schriftliche Anmeldung soll folgende Angaben enthalten:

- Schuladresse mit Telefon- und Faxnummer sowie ggf. E-Mail-Adresse
- Klassenstufe und Schülerzahl
- Name der verantwortlichen Lehrkraft
- gewünschter Zeitraum des Landtagsbesuchs

Das Landtagsamt teilt bei Berücksichtigung der Meldung der Schule den endgültigen Termin mit. Hat eine Schule einen Besuchstermin erhalten, kann sie im laufenden und im darauf folgenden Schuljahr von der Pädagogischen Betreuung nicht mehr berücksichtigt werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass es nicht möglich ist, innerhalb eines Schuljahres eine Einladung zu einem Landtagsbesuch im Rahmen der Pädagogischen Betreuung und zu einer Teilnahme am Programm „Lernort Staatsregierung“ zu erhalten. Diese Einschränkung soll es erlauben, möglichst viele Bewerber zumindest einmal zum Zuge kommen zu lassen.

2. Angebot eines Planspiels für Schulklassen – „Der Landtag sind wir!“

Im Schuljahr 2007/08 bietet die „Pädagogische Betreuung im Bayerischen Landtag“ ein Planspiel für Schulklassen unter dem Titel „Der Landtag sind wir!“ an. Im Rahmen dieses ca. drei- bis vierstündigen Planspiels schlüpfen die jugendlichen Teilnehmer/-innen in die Rollen von Abgeordneten und lernen am Beispiel eines konkreten Gesetzgebungsverfahrens Arbeitsweise und Funktion der Gremien des Bayerischen Landtags kennen.

Das Angebot richtet sich an die Klassenstufen 8 bis 13, darunter bevorzugt an diejenigen Jahrgangsstufen, in denen das politische System in Bayern und das bayerische Parlament Gegenstand des Sozialkunde-Unterrichts sind (z.B. an die 8. Jahrgangsstufe der Hauptschule oder an die 10. Jahrgangsstufe in Realschule und Gymnasium). Das Planspiel wurde in Zusammenarbeit mit dem Landtagsamt von der „Forschungsgruppe Jugend und Europa“ des „Centrums für angewandte Politikforschung (C-A-P)“ München entwickelt.

Teilnehmen kann eine Schule mit bis zu zwei Schulklassen aus einer (!) Jahrgangsstufe (d.h. mit insgesamt bis zu etwa 70 Schülerinnen und Schülern). Schulen, die im Rahmen des Besuchspro-

gramms der „Pädagogischen Betreuung im Bayerischen Landtag“ (s. o.) eine Einladung erhalten bzw. im vorherigen Schuljahr erhalten haben, werden für das Planspiel (zunächst) nicht berücksichtigt. Gleiches gilt für die Schulen, die im Rahmen des Programms „Lernort Staatsregierung“ (Landeszentrale für politische Bildungsarbeit) einen Besuchstermin erhalten. Diese Einschränkungen verfolgen das Ziel einer möglichst gerechten Verteilung des Planspielangebots sowie der Termine für die beiden Besuchsprogramme auf alle Schulen und Regionen des Freistaates.

In der Regel wird das Planspiel an den Schulen durchgeführt. Dazu sind entsprechende Räumlichkeiten erforderlich (v.a. ein größerer Tagungsraum für die „Plenarversammlung“). Nach der erfolgreichen Bewerbung einer Schule beim Landtagsamt wird in Absprache von C-A-P und Schule ein Termin für die Durchführung festgelegt. Dabei werden auch die notwendigen organisatorischen Rahmenbedingungen geklärt. Das Planspiel selbst wird vor Ort von entsprechend geschulten Honorarkräften des C-A-P geleitet. Kosten für die Schule entstehen nicht. Eine organisatorische Unterstützung seitens der Lehrkräfte wird allerdings vorausgesetzt.

Für die Durchführung des Planspiels im Maximilianeum selbst stehen nur wenige Termine im Jahr zur Verfügung.

Die Auswahl für die Teilnahme nimmt die „Pädagogische Betreuung im Bayerischen Landtag“ in Abstimmung mit den regionalen Abgeordneten vor. Wesentliche Auswahlkriterien sind – neben den oben dargelegten Einschränkungen – der Zeitpunkt der Anmeldung, eine gerechte Verteilung der Termine auf die Schularten und die angemessene Berücksichtigung aller bayerischen Regierungsbezirke.

Interessenten bewerben sich bitte schriftlich (Brief, Fax, E-Mail) beim Bayerischen Landtag – Landtagsamt (s. u.). Die Bewerbung kann formlos sein, muss aber enthalten:

- Adresse und Kommunikationswege (Telefon-/Fax-Nummer, ggf. E-Mail-Adresse) der Schule
- Name der verantwortlichen Lehrkraft, die auch als Ansprechpartner fungiert
- Angaben zum gewünschten (möglichst nicht zu eng gewählten) Zeitraum, in dem das Planspiel durchgeführt werden soll
- ggf. den Hinweis auf das Interesse der Schule, alternativ an einem Planspiel im Maximilianeum teilzunehmen
- sonstige Hinweise (z.B. „unverträgliche“ oder gewünschte Tage usw.)

Anmeldung

Schulen richten ihre Anmeldung an:

Bayerischer Landtag – Landtagsamt
Referat P V: Öffentlichkeitsarbeit, Besucher, Protokoll
Sachbereich Pädagogische Betreuung
Maximilianeum
81627 München

Tel.: 0 89 / 41 26 – 23 36 oder 27 05
 Fax: 0 89 / 41 26 – 12 34 oder 17 67
 E-Mail: paed.betreuung@bayern.landtag.de

Zusätzliche Informationen

Beim „Centrum für angewandte Politikforschung“ (C-A-P) (Tel.: 0 89 / 21 80 – 13 40, Frau Dr. Winter-Berke) können im Vorfeld einer geplanten Anmeldung weitere Informationen eingeholt werden.

Die Bekanntmachung vom 21. September 2006 (KWMBI I S. 303, StAnz Nr. 41) wird hiermit aufgehoben.

E r h a r d
 Ministerialdirektor

KWMBI I 2007 S. 356
 StAnz 2007 Nr. 40

2030-UK

Erprobung des Einsatzes von Anbietern von Personaldienstleistungen an staatlichen Gymnasien, Realschulen, Berufsschulen, Wirtschaftsschulen und Fachoberschulen im Bereich des Regierungsbezirkes Unterfranken

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 4. September 2007 Az.: I / II – 5 P 4020-6.93 646

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus erprobt in der Zeit vom 1. Oktober 2007 bis 31. Juli 2008 an den staatlichen Gymnasien, Realschulen, Berufsschulen, Wirtschaftsschulen und Fachoberschulen im Bereich des Regierungsbezirkes Unterfranken den Einsatz von Anbietern von Personaldienstleistungen in Vertretungsfällen nach Maßgabe folgender Regelungen:

1. Allgemeines

Schulleiterinnen und Schulleiter können im Rahmen der hierzu zur Verfügung gestellten Mittel mit Anbietern von Personaldienstleistungen Arbeitnehmerüberlassungsverträge gemäß § 12 des Gesetzes zur Regelung der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz – AÜG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl I S. 158), zuletzt geändert durch Art. 233 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl I S. 2407), schließen, wenn und soweit eine vollständige Unterrichtsversorgung nicht durch den Einsatz des an der Schule vorhandenen Lehrpersonals sichergestellt werden kann.

2. In Betracht kommende Personaldienstleistungsunternehmen

Arbeitnehmerüberlassungsverträge dürfen ausschließlich mit gewerbsmäßigen Anbietern von

Personaldienstleistungen, die die Erlaubnis nach § 1 AÜG besitzen und für die ein einschlägiger wirksamer Zeitarbeitsvertrag gilt bzw. die einen solchen Tarifvertrag einzelvertraglich mit ihren Arbeitnehmern als Mindeststandard wirksam vereinbaren, geschlossen werden.

3. Mustervereinbarung

Beim Abschluss der Arbeitnehmerüberlassungsverträge ist das als **Anlage 1** zu dieser Bekanntmachung beiliegende Muster zu übernehmen. Abweichungen von den in der Mustervereinbarung als zwingend bezeichneten Bestimmungen sind nur mit vorheriger Zustimmung der Regierung von Unterfranken zulässig.

4. Eignung der Leiharbeitnehmer

4.1 Leiharbeitnehmer müssen die Gewähr für einen angemessenen Umgang mit den Schülerinnen und Schülern bieten (allgemeine Eignung) und über die für den jeweiligen Unterricht notwendige Fachkompetenz verfügen. Schulleiterinnen und Schulleiter haben sich vor der Übernahme zur Arbeitsleistung von der Eignung des Leiharbeitnehmers auch im Rahmen eines persönlichen Vorstellungsgesprächs zu überzeugen.

4.2 Über das Vorliegen der allgemeinen Eignung und der für den Einsatz im jeweiligen Unterricht notwendigen Fachkompetenz entscheiden die Schulleiterinnen und Schulleiter.

Als Vertretungskräfte kommen neben Personen mit Befähigung für ein Lehramt an öffentlichen Schulen insbesondere auch Hochschulabsolventen mit einer für den jeweiligen Unterricht einschlägigen Staatsprüfung oder einem einschlägigen Diplom- oder Magisterhauptfachabschluss in Betracht. Auch Lehramtsstudenten im höheren Fachsemester können eingesetzt werden.

Im Bereich der beruflichen Schulen kommen darüber hinaus insbesondere Meister/Techniker einschlägiger Fachrichtungen oder vergleichbar ausgebildete Personen zur Abdeckung des fachpraktischen Unterrichts in Betracht.

4.3 Leiharbeitnehmer sind darüber hinaus nur dann geeignet, wenn sie die Gewähr dafür bieten, jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten und im Unterricht die politische, weltanschauliche und religiöse Neutralität zu wahren. Leiharbeitnehmer, bei denen ein früheres Dienst- oder Arbeitsverhältnis durch den Freistaat Bayern, ein anderes Land in der Bundesrepublik oder den Bund wegen der Verletzung von dienst- oder arbeitsvertraglichen Pflichten beendet wurde, kommen als Leiharbeitnehmer nicht in Betracht. Leiharbeitnehmer weisen gegenüber der Schulleiterin oder dem Schulleiter ihre diesbezügliche Eignung durch Abgabe der Erklärungen gemäß dem Muster in der **Anlage 2** zu dieser Bekanntmachung und durch Vorlage eines aktuellen Führungszeugnisses gemäß § 30 Abs. 1 BZRG nach.

4.4 Die Schulen bewahren die Unterlagen zum Nachweis der Eignung der Leiharbeitnehmer (unter-

zeichnete Erklärungen gemäß dem Muster der **Anlage 2**, Kopien des Führungszeugnisses und einschlägiger Zeugnisse) nach Beendigung des Einsatzes des Leiharbeitnehmers mindestens fünf Jahre auf.

5. Einsatz der Leiharbeitnehmer im Unterricht

5.1 Vor dem Einsatz der Leiharbeitnehmer im Unterricht ist der Arbeitnehmerüberlassungsvertrag gemäß dem Muster in der **Anlage 1** zu schließen. Die die Eignung gemäß Nr. 4.4 nachweisenden Unterlagen und Erklärungen der Leiharbeitnehmer müssen der Schulleiterin oder dem Schulleiter vorliegen.

5.2 Vor einem Einsatz der Leiharbeitnehmer im naturwissenschaftlichen und technischen Bereich müssen sie sich mit den für den jeweiligen Unterricht einschlägigen Sicherheitsbestimmungen und Bekanntmachungen des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vertraut gemacht haben. In Betracht kommen u.a. die Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung in den bayerischen Schulen vom 12. August 2002 (KWMBI I S. 285), die Richtlinien für die AIDS-Prävention an den bayerischen Schulen vom 15. März 1989 (KWMBI I S. 72), geändert mit Bekanntmachung vom 30. August 1989 (KWMBI I S. 265), die Richtlinien zur Suchtprävention an den bayerischen Schulen vom 2. September 1991 (KWMBI I S. 303) und die Richtlinien für die Umweltbildung an den bayerischen Schulen vom 22. Januar 2003 (KWMBI I S. 61).

5.3 Experimente in den naturwissenschaftlichen Fächern und in Technik, Arbeitslehre, Hauswirtschaft und Kunst dürfen nur durchgeführt werden, wenn die Leiharbeitnehmer über die hierfür notwendige Fachkompetenz verfügen und sich nachweisbar mit den Richtlinien zur Sicherheit im Unterricht – Naturwissenschaften, Technik/Arbeitslehre, Hauswirtschaft, Kunst – vom 9. September 2003 (KWMBI I S. 473) vertraut gemacht haben.

5.4 Beim Einsatz der Leiharbeitnehmer im Sportunterricht ist zu beachten, dass Leiharbeitnehmer, die nicht die Lehrbefähigung für das Fach Sport besitzen, Sportunterricht nur erteilen dürfen, wenn sie über eine freiberufliche oder vereinsorientierte Qualifikation im Sport verfügen, mit der sie zumindest fachlich in der Lage sind, Sport zu vermitteln. Hierzu gehören die Diplomausbildung Sportwissenschaft, die Ausbildung zum/zur Diplom-Sportlehrer/in, die Ausbildung zum/zur Staatlich geprüften Sportlehrer/in im freien Beruf sowie die Ausbildung zum/zur Staatlich geprüften Gymnastiklehrer/in mit Wahlpflichtfach Sport und Freizeit. Inhaber von Fachübungsleiterlizenzen eines Sportfachverbandes dürfen nur im Differenzierten Sportunterricht in der jeweiligen Sportart eingesetzt werden.

Die Bestimmungen der Fachlehrpläne Sport in der jeweils gültigen Fassung, die Bekanntmachung zur Sicherheit im Sportunterricht vom 8. April 2003 (KWMBI I S. 202), die Bekanntmachung zur Durchführung von Schwimmunterricht

an Schulen vom 1. April 1996 (KWMBI I S. 192), die Bekanntmachung zum Sportunterricht bei erhöhter Ozonkonzentration vom 1. August 1991 (KWMBI I S. 219), geändert mit Bekanntmachung vom 30. September 1991 (KWMBI I S. 406), die Bekanntmachung zur Durchführung von Schulsportkursen vom 21. November 2002 (KWMBI I S. 406), die Bekanntmachung zum Schullandheimaufenthalt vom 5. April 2004 (KWMBI I S. 76) und die Bekanntmachung über Sicherheit in der Schule und gesetzliche Schülerunfallversicherung vom 11. Dezember 2002 (KWMBI I 2003 S. 4) in der jeweils geltenden Fassung sind zu beachten.

5.5 Ein Einsatz der Leiharbeitnehmer im Religionsunterricht ist nur zulässig, wenn durch die jeweilige Kirche oder Religionsgemeinschaft die Befähigung zur Erteilung von Religionsunterricht zuerkannt wurde.

6. Rechte und Pflichten der Leiharbeitnehmer

6.1 Über den Unterrichtseinsatz der Leiharbeitnehmer bestimmen die Schulleiterinnen und Schulleiter. Die Leiharbeitnehmer unterliegen insoweit dem Weisungsrecht der Schulleitung. Die Leiharbeitnehmer werden von der Schulleiterin oder vom Schulleiter oder durch Lehrkräfte, die von diesen damit beauftragt wurden, in ihrer Tätigkeit an der Schule unterstützt und beraten.

6.2 Leiharbeitnehmer dürfen grundsätzlich Nachweise des Leistungsstandes gemäß Art. 52 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juli 2007 (GVBl S. 533), in Abstimmung und unter Verantwortung einer vom Schulleiter dazu bestimmten Lehrkraft erheben und bewerten, Erziehungsmaßnahmen ergreifen sowie Ordnungsmaßnahmen bis hin zum schriftlichen Verweis gemäß Art. 84 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayEUG treffen. Ein Verweis ist von der vom Schulleiter dazu bestimmten Lehrkraft zu bestätigen.

6.3 Für die Teilnahme der Leiharbeitnehmer an den Konferenzen der Lehrer (Lehrerkonferenz, Klassenkonferenz, Teilkonferenzen und Ausschüsse) gelten die einschlägigen Bestimmungen des BayEUG, der Dienstordnung für Lehrkräfte an staatlichen Schulen in Bayern (Lehrerdienstordnung – LDO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. August 1998 (KWMBI I S. 466), zuletzt geändert durch die Bekanntmachung vom 24. Juni 2005 (KWMBI I S. 217), und der jeweiligen Schulordnung.

7. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Oktober 2007 in Kraft, sie tritt mit Ablauf des 31. Juli 2008 außer Kraft.

Erhard
Ministerialdirektor

Anlage 1

zur Bekanntmachung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

zur Erprobung des Einsatzes von Anbietern von Personaldienstleistungen an staatlichen Gymnasien, Realschulen, Berufsschulen, Wirtschaftsschulen und Fachoberschulen im Bereich des Regierungsbezirkes Unterfranken

Ergänzungen/Abweichungen von dieser Mustervereinbarung ohne vorherige Zustimmung der Regierung von Unterfranken sind nur an den im Text grau hinterlegten Stellen zulässig.

**Rahmenvertrag zur Überlassung pädagogischen Personals
für den Vertretungspool der** 1)

**zwischen dem Freistaat Bayern
vertreten durch den Leiter der** 1)

- 1) Namen der Schule
- 2) Namen der Schulleitung
- 3) Anschrift der Schule
- 4) Firma/Adresse

..... 2)

..... 3)

(im Folgenden: Entleiher)

und

..... 4)

(im Folgenden: Verleiher)

Präambel

Der Verleiher hat die Erlaubnis nach Art. 1 § 1 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG). Eine Kopie dieser Erlaubnis ist diesem Vertrag als **Anlage 1** beigelegt.

Der Verleiher unterliegt der direkten Tarifbindung eines einschlägigen wirksamen Zeitarbeitsvertrag oder vereinbart mit seinen zu überlassenden Mitarbeitern einzelvertraglich die Anwendung dieses Tarifvertrages als Mindeststandard der Arbeitsbedingungen.

Gegenstand dieses Rahmenvertrages ist die Überlassung von Mitarbeitern des Verleihers auf der Grundlage des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) vom 7. August 1972 in der jeweils gültigen Fassung.

Die Grundlagen der Zusammenarbeit werden in diesem Rahmenvertrag geregelt. Für die konkrete Überlassung einzelner Mitarbeiter erteilt der Entleiher dem Verleiher unter Bezugnahme auf diesen und im Rahmen dieses Vertrags Einzelaufträge gemäß § 4.

§ 1

Vertragsbeginn, Befristung, Kündigung

Dieser Vertrag tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft. Er ist bis zum 31. Juli 2008 befristet. Er kann zudem von jeder Partei unter Einhaltung einer Frist von einem Monat gekündigt werden. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung bleibt unberührt.

§ 2

Grundlegende Pflichten der Vertragsparteien

(1) Der Verleiher stellt auf Anforderung durch den Entleiher Mitarbeiter der nachstehenden Qualifikationen zur Verfügung und berechnet hierfür je durch diese Mitarbeiter abgehaltene volle Unterrichtsstunde (45 Minuten, die Vor- und Nachbereitung der Unterrichtsstunde sowie die Kosten der An- und Abfahrt zum Einsatzort werden nicht gesondert vergütet) Folgendes:

a) Mitarbeiter mit einschlägiger Lehramtsbefähigung:

..... € (inklusive der gesetzlichen Mehrwertsteuer)

b) Mitarbeiter mit einer für den jeweiligen Fachunterricht einschlägigen Staatsprüfung, einem Diplom- oder Magisterhauptfachabschluss einer Hochschule:

..... € (inklusive der gesetzlichen Mehrwertsteuer)

- c) Mitarbeiter mit einer für den jeweiligen Fachunterricht/fachpraktischen Unterricht einschlägigen Berufsausbildung und einer erfolgreich abgelegten beruflichen Fortbildungsprüfung (insbesondere Meister oder Techniker):

€ (inklusive der gesetzlichen Mehrwertsteuer)

- d) Mitarbeiter, die als Studierende eines für den jeweiligen Fachunterricht einschlägigen Lehramtes bereits ein Praktikum im Rahmen der schulpraktischen Studien abgeschlossen haben:

€ (inklusive der gesetzlichen Mehrwertsteuer)

- e) Mitarbeiter, die die Voraussetzungen nach den Buchstaben a) bis d) nicht erfüllen, jedoch nach Auffassung der Schulleitung geeignet sind:

€ (inklusive der gesetzlichen Mehrwertsteuer)

(2) Für die Teilnahme an Konferenzen der Lehrkräfte, Aufsichten sowie Korrekturen (60 Minuten, die Vor- und Nachbereitung der Konferenzen der Lehrkräfte und die Erstellung von Leistungsnachweisen werden nicht gesondert vergütet) werden folgende Sätze berechnet:

- a) Mitarbeiter mit einschlägiger Lehramtsbefähigung:

€ (inklusive der gesetzlichen Mehrwertsteuer)

- b) Mitarbeiter mit einer für den jeweiligen Fachunterricht einschlägigen Staatsprüfung, einem Diplom- oder Magisterhauptfachabschluss einer Hochschule:

€ (inklusive der gesetzlichen Mehrwertsteuer)

- c) Mitarbeiter mit einer für den jeweiligen Fachunterricht/fachpraktischen Unterricht einschlägigen Berufsausbildung und einer erfolgreich abgelegten beruflichen Fortbildungsprüfung (insbesondere Meister oder Techniker):

€ (inklusive der gesetzlichen Mehrwertsteuer)

- d) Mitarbeiter, die als Studierende eines für den jeweiligen Fachunterricht einschlägigen Lehramtes bereits ein Praktikum im Rahmen der schulpraktischen Studien abgeschlossen haben:

€ (inklusive der gesetzlichen Mehrwertsteuer)

- e) Mitarbeiter, die die Voraussetzungen nach den Buchstaben a) bis d) nicht erfüllen, jedoch nach Auffassung der Schulleitung geeignet sind:

€ (inklusive der gesetzlichen Mehrwertsteuer)

Bei einem Einsatz des Mitarbeiters beim Entleiher von mindestens einer Woche/mindestens einem Monat etc. verringern sich die Berechnungssätze wie folgt; evtl. weitere Rabattvereinbarungen:

--

- (3) Eine Pflicht des Entleihers zur Anforderung von Mitarbeitern des Verleihers besteht nicht.

(4) Die beim Entleiher zu erbringende Tätigkeit weist folgende besondere Merkmale auf: Abhalten von Vertretungsunterricht einschließlich Vor- und Nachbereitung, Teilnahme an Konferenzen der Lehrkräfte und Aufsichten für:

Schulart/Fächer

(5) Der Verleiher verpflichtet sich, nur solche Mitarbeiter zu überlassen, die, neben den unter Abs. 1 a) bis e) genannten Qualifikationsanforderungen, die Voraussetzungen gemäß Nr. 4.3 der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zur Erprobung des Einsatzes von Anbietern von Personaldienstleistungen an staatlichen Gymnasien, Realschulen Berufsschulen, Wirtschaftsschulen und Fachoberschulen im Bereich des Regierungsbezirkes Unterfranken erfüllen. Sollte dem Entleiher nachträglich bekannt werden, dass diese Voraussetzungen zunächst nicht vorlagen oder entfallen diese Voraussetzungen nachträglich, so ist der Entleiher berechtigt, den konkreten Mitarbeiterinsatz oder diesen Vertrag insgesamt ohne Einhaltung einer Frist außerordentlich zu kündigen. In Zeiten, in denen der überlassene Mitarbeiter die Qualifikationsvoraussetzungen nicht erfüllt, besteht trotz des Einsatzes kein Vergütungsanspruch. Bereits gezahlte Vergütungen sind vom Verleiher zurückzuerstatten.

(6) Der Entleiher vergütet die von ihm beim Verleiher abgerufenen und die ihm zur Verfügung gestellten Unterrichtsstunden mit den in der Auftragsbestätigung (siehe dazu § 4) genannten Berechnungssätzen gemäß Abs. 1 und Abs. 2.

§ 3

Auswahl der Mitarbeiter

(1) Die dem Entleiher zur Verfügung gestellten Leiharbeitnehmer werden entsprechend dem vom Entleiher vorgegebenen Qualifikations- und Anforderungsprofil vom Verleiher vorausgewählt. Der Verleiher hat die vorausgewählten Mitarbeiter beim Entleiher im Rahmen eines persönlichen Gesprächs am vorgesehenen Einsatzort vorzustellen. Erst mit Aufnahme der Tätigkeit durch den Mitarbeiter fällt die vereinbarte Vergütung an. Anfallende Fahrtkosten für das Vorstellungsgespräch werden vom Entleiher nicht erstattet. Kommt der Entleiher zu der Überzeugung, dass der vorausgewählte Mitarbeiter geeignet ist, erfolgt eine Auftragsbestätigung gemäß § 4.

(2) Sollte der überlassene Arbeitnehmer den Erwartungen des Entleihers nicht entsprechen, hat der Entleiher die Möglichkeit, diesen am ersten Arbeitstag innerhalb der ersten fünf Unterrichtsstunden abzulehnen. Die Entscheidung, ob der Leiharbeitnehmer dem Qualifikations- und Anforderungsprofil entspricht, liegt alleine beim Entleiher. Im Falle der Ablehnung werden die geleisteten Arbeitsstunden nicht berechnet.

(3) Der Entleiher hat den Verleiher von einer Zurückweisung unverzüglich zu unterrichten. Der Verleiher ist berechtigt, entsprechenden Ersatz für den zurückgewiesenen Leiharbeitnehmer anzubieten. Für dessen Einsatz gilt wiederum Abs. 1.

§ 4

Auftragsbestätigung eines Mitarbeiterereinsatzes

Kommt aus Sicht des Entleihers ein Mitarbeiter des Verleihers als Vertretungskraft in Betracht, so erstellt der Verleiher eine Auftragsbestätigung gemäß dem Muster in der **Anlage 2** zu diesem Vertrag, mit der Benennung des Mitarbeiters, der Einsatzdauer, dem Verrechnungssatz sowie der Qualifikation gemäß § 2 Abs. 1. Die Auftragsbestätigung wird vom Entleiher gegengezeichnet und an den Verleiher zurückgesandt oder diesem übergeben.

§ 5

Arbeitsaufnahme

Nimmt der Mitarbeiter des Verleihers seine Arbeit nicht auf oder setzt er sie nicht fort, ist der Verleiher berechtigt, eine Ersatzkraft zu stellen. Für diese gelten §§ 3 und 4 entsprechend. Fällt ein vom Verleiher überlassener Mitarbeiter aus, so ist der Verleiher berechtigt, eine zur Verfügung stehende Ersatzkraft zu stellen. Auch für diese gelten §§ 3 und 4 entsprechend.

§ 6

Kündigung eines Mitarbeiterereinsatzes

(1) Die einzelnen Mitarbeiterereinsätze können von beiden Parteien mit einer Frist von sieben Tagen gekündigt werden. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Die telekommunikative Übermittlung genügt. Die Kündigung hat gegenüber dem jeweiligen Vertragspartner zu erfolgen. Sie ist unwirksam, wenn sie nur dem überlassenen Mitarbeiter gegenüber ausgesprochen oder ausgehändigt wird.

(2) Befristete Mitarbeiterereinsätze enden mit Ablauf des in der jeweiligen Auftragsbestätigung angegebenen Tages. Ein Verlängerungsverlangen soll durch den Entleiher spätestens fünf Tage vor Ablauf der Frist angezeigt werden. Für die Verlängerung eines Mitarbeiterereinsatzes gilt § 4 entsprechend.

§ 7

Verhältnis zwischen dem Entleiher und dem überlassenen Mitarbeiter; Weisungsrecht

(1) Durch den Abschluss eines Arbeitnehmerüberlassungsvertrages entstehen keine vertraglichen Beziehungen zwischen dem jeweiligen Leiharbeitnehmer und dem Entleiher. Das durch den Arbeitsvertrag begründete Weisungsrecht gegenüber dem Leiharbeitnehmer obliegt dem Verleiher. Der Entleiher hat jedoch das Recht und die Pflicht, Arbeitsanweisungen zu erteilen, die Arbeitsausführung zu kontrollieren sowie die Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften zu überwachen. Insbesondere hat der Entleiher das Recht, Anweisungen zur Gestaltung und den Inhalten des Vertretungsunterrichts zu erteilen.

(2) Der Entleiher wird den Leiharbeitnehmer fachlich einweisen. Der Entleiher wird den Leiharbeitnehmer nur im Rahmen der jeweils gültigen Arbeitsgesetze einsetzen.

§ 8

Nachweis der erteilten Stunden, Rechnungsstellung

Der Entleiher ist verpflichtet, die ihm wöchentlich oder nach Beendigung des Auftrages vorgelegten Nachweise über die durch den überlassenen Mitarbeiter erbrachten Stunden (Unterrichtsstunden, Zeiten der Teilnahme an den Konferenzen der Lehrkräfte, Aufsichten und Korrekturen) zu überprüfen und, bei deren Richtigkeit, zu unterzeichnen. Die unterzeichneten Nachweise bilden die Grundlage der Rechnungsstellung. Die Rechnungsstellung erfolgt unter Beifügung einer Kopie der unterzeichneten Nachweise in der Regel monatlich. Die Rechnungen sind an die

Regierung von Unterfranken
SG 43.2
Peterplatz 9
97070 Würzburg

zu richten.

Die überlassenen Mitarbeiter sind nicht zum Inkasso berechtigt.

§ 9

Verschwiegenheitspflicht

Der Verleiher verpflichtet sich, dafür Sorge zu tragen, dass der Datenschutz gewahrt wird. Dies erfolgt dadurch, dass er den überlassenen Arbeitnehmern untersagt, geschützte, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als den zur rechtmäßigen Aufgabenerfüllung gehörenden Zwecken zu verarbeiten, bekanntzugeben, zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Der zu überlassende Arbeitnehmer wird insbesondere verpflichtet, über alle ihm im Zusammenhang mit dem schulischen Leben über die Beteiligten bekannt werdenden Daten absolutes Stillschweigen zu bewahren und alle Unterlagen über die am schulischen Leben beteiligten Personen vor Zugriffen Dritter zu schützen.

§ 10

Haftung

Der Verleiher haftet für die ordnungsgemäße Auswahl der Leiharbeitnehmer, insbesondere für die Einhaltung von § 2 Abs. 5 und § 9. Die Haftung des Verleihers für das Handeln der Leiharbeitnehmer wird ausgeschlossen. Soweit durch das Verschulden des Verleihers und/oder des Leiharbeitnehmers eine Person einen Gesundheits- oder Körperschaden erleidet oder ihr Leben verliert, verbleibt es bei der gesetzlichen Haftungsregelung.

§ 11

Allgemeine Regelungen

(1) Der Verleiher wird den Entleiher über jede Änderung der Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung sofort unterrichten.

(2) Gerichtsstand ist für beide Teile Würzburg (Sitz der Regierung von Unterfranken).

(3) Nebenabreden bestehen nicht. Eine Änderung und/oder Ergänzung dieses Vertrags bedarf der Schriftform. Kommunikative Übermittlung und Briefwechsel genügen hierzu nicht. Dies gilt auch für die Aufhebung des Schriftformerfordernisses.

(4) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Regelungen dieses Vertrages. Die Vertragsparteien verpflichten sich, die unwirksamen Bestimmungen durch solche Regelungen zu ersetzen, die dem gewünschten Ziel in rechtsgültiger Weise entsprechen.

_____, den _____

Unterschrift (Schulleitung) & Schulstempel

– Entleiher –

Unterschrift

– Verleiher –

Anlage 2 zur Mustervereinbarung

Briefkopf des Verleihers

An die

Zurück an

(Adresse des Entleihers)

(Adresse des Verleihers)

Auftragsbestätigung

gemäß § 4 des Rahmenvertrags zur Überlassung pädagogischen Personals für den
Vertretungspool der (Namen der Schule)

Sehr geehrte/r (Namen der Schulleitung),

wir danken Ihnen für den am 00.00.00 erteilten Auftrag und bestätigen Ihnen folgende
Vereinbarung zur Überlassung unseres Personals:

Mitarbeiter/in:	Qualifikation:	Verrechnungssatz/ Unterrichtsstunde (45 Min./ggf. 60 Min.):
Herr/Frau	Lehramtsbefähigung etc.	, € incl. MWst

Einsatz ab:	Datum, Uhrzeit	bis:	00.00.00, mit der Option auf Verlängerung
-------------	----------------	------	--

Einsatzort:	Melden bei:

Bemerkung:

--

Im Übrigen gilt der geschlossene Rahmenvertrag.

Freundliche Grüße

Unterschrift und Firmenstempel
Verleiher

Unterschrift und Schulstempel
Entleiher (Schule)

Die Auftragsbestätigung ist nur verbindlich, wenn sie dem Verleiher vor Einsatzbeginn gegengezeichnet vorliegt. Wir bitten daher – auch für Ihre Planung – um zeitnahe Rücksendung.

Anlage 2

zur Bekanntmachung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus
zur Erprobung des Einsatzes von Anbietern von Personaldienstleistungen an staatlichen Gymnasien, Realschulen, Berufsschulen, Wirtschaftsschulen und Fachoberschulen im Bereich des Regierungsbezirkes Unterfranken

**Erklärung des Leiharbeitnehmers
gemäß Nr. 4.3**

Name, Vorname	Geburtsdatum
---------------	--------------

- Die Erklärung zu früheren Dienst- oder Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Dienst und zu Ermittlungs- und Strafverfahren habe ich zur Kenntnis genommen und gebe hiermit die darin enthaltenen Erklärungen ab.
- Die Belehrung über die Pflicht zur Verfassungstreue, den Fragebogen zur Prüfung der Verfassungstreue und den Fragebogen zu Beziehungen zur Scientology-Organisation habe ich zur Kenntnis genommen und an den dafür vorgesehenen Stellen **ausgefüllt**. Ich gebe hiermit die darin enthaltenen Erklärungen ab.
- Ich wurde gemäß § 1 des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) auf die gewissenhafte Erfüllung meiner Obliegenheiten verpflichtet und auf die strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes hingewiesen. Ich gebe hiermit die darin enthaltenen Erklärungen ab.
- Ich wurde über die gesundheitlichen Anforderungen an und von Personen, die an Schulen regelmäßig Tätigkeiten ausüben und Kontakt mit Schülerinnen und Schülern haben, und meine Mitwirkungspflichten belehrt und habe eine Kopie des Protokolls über die Belehrung erhalten.
- Ich habe das Merkblatt über das Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken zur Kenntnis genommen und verpflichte mich demgemäß. Einen Abdruck des Merkblatts habe ich erhalten.
- Ich habe der Schulleitung ein aktuelles Führungszeugnis gemäß § 30 Abs. 1 BZRG vorgelegt.

....., den

.....
Unterschrift des Leiharbeitnehmers

.....
Unterschrift/Siegel Schulleitung

Hinweis für die Schulleitung:

Die **vollständig ausgefüllte** und **unterzeichnete Erklärung** des Leiharbeitnehmers ist mit einer Kopie des Führungszeugnisses nach Beendigung des Einsatzes mindestens fünf Jahre an der Schule aufzubewahren.
Dem Leiharbeitnehmer ist eine **Kopie der vollständig ausgefüllten und unterzeichneten Erklärung** auszuhändigen.

Name, Vorname	Geburtsdatum
---------------	--------------

Erklärung zu früheren Dienst- und Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Dienst und zu Ermittlungs- und Strafverfahren

ERKLÄRUNG

Ich erkläre hiermit ausdrücklich, dass

- kein früheres Dienst- oder Arbeitsverhältnis zum Freistaat Bayern, einem anderen Land in der Bundesrepublik Deutschland oder dem Bund wegen Verletzung von dienstlichen oder arbeitsvertraglichen Pflichten beendet wurde,
- gegen mich derzeit kein gerichtliches Strafverfahren oder Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft anhängig ist,
- gegen mich in den letzten fünf Jahren kein gerichtliches Strafverfahren, das nicht zu einer Bestrafung geführt hat, abgeschlossen worden ist,
- keine Sachverhalte vorliegen, die zu einer Aufnahme in ein Führungszeugnis für Behörden (§ 30 Abs. 5, § 31, § 32 Abs. 3 Bundeszentralregistergesetz BZRG) führen.

Ich bin mir darüber im Klaren, dass ich bei falschen, unvollständigen oder fehlenden Angaben damit rechnen muss, dass ich nicht eingesetzt werde oder der Einsatz fristlos beendet wird.

Name, Vorname	Geburtsdatum
---------------	--------------

Belehrung über die Pflicht zur Verfassungstreue **Erklärung zu den Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung**

Leiharbeiternehmer an Schulen des Freistaates Bayern müssen sich durch ihr gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung des Freistaates Bayern bekennen und für ihre Erhaltung eintreten. Mit dieser Verpflichtung ist insbesondere unvereinbar jede Verbindung mit einer Partei, Vereinigung oder Einrichtung, die die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung ablehnt oder bekämpft, oder die Unterstützung anderer verfassungsfeindlicher Bestrebungen.

Dementsprechend kommt als Leiharbeiternehmer nur in Betracht, wer Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung des Freistaates Bayern eintritt.

Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vgl. Urteil vom 23. Oktober 1952 - Az. 1 BvB 1/51 - Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Bd. 2 S. 1 ff; Urteil vom 17. August 1956 - Az. 1 BvB 2/51 - Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Bd. 3 S. 85 ff) eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen

Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist das Gegenteil des totalen Staates, der als ausschließliche Herrschaftsmacht Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit ablehnt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind insbesondere zu rechnen:

- Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung,
- die Volkssouveränität,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip
- die Chancengleichheit für alle politische Parteien,
- das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Die Teilnahme an Bestrebungen, die sich gegen die durch die vorgenannten Grundsätze gekennzeichnete freiheitliche demokratische Grundordnung richten, ist unvereinbar mit den Pflichten eines im öffentlichen Dienst Tätigen. Dabei ist ohne Bedeutung, ob diese Bestrebungen im Rahmen einer Organisation oder außerhalb einer solchen verfolgt werden.

Leiharbeiternehmer, die an verfassungsfeindlichen Bestrebungen teilnehmen oder sie unterstützen, dürfen nicht eingesetzt werden.

Wer sich einer solchen Pflichtverletzung schuldig macht, muss damit rechnen, dass der Einsatz beim Freistaat Bayern fristlos beendet wird.

ERKLÄRUNG

Aufgrund der oben wiedergegebenen Belehrung erkläre ich hiermit ausdrücklich, dass ich die vorstehenden Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bejahe und dass ich bereit bin, mich jederzeit durch mein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten.

Ich versichere ausdrücklich, dass ich Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder gegen eines ihrer oben genannten, grundlegenden Prinzipien gerichtet sind, nicht unterstütze und auch nicht Mitglied einer hiergegen gerichteten Organisation bin oder war. Von dem mir übergebenen Verzeichnis (siehe Vordruck 43.7.05) von Organisationen verfassungsfeindlicher Zielsetzung und den wichtigsten Massenorganisationen/gesellschaftlichen Organisationen in der früheren DDR bis 1989/90 habe ich Kenntnis genommen.

Ich bin mir darüber im klaren,

- dass ich bei falschen, unvollständigen oder fehlenden Angaben damit rechnen muss, dass ich nicht eingesetzt werde oder der Einsatz fristlos beendet wird.
- dass ich bei einem Verstoß gegen Pflichten mit der fristlosen Beendigung meines Einsatzes rechnen muss.

Fragebogen zur Prüfung der Verfassungstreue

☒ Zutreffendes bitte **links** ankreuzen

Name, Vorname	Geburtsdatum
---------------	--------------

Hinweis:

Von dem Verzeichnis der wichtigsten extremistischen oder extremistisch beeinflussten Organisationen und der wichtigsten Massenorganisationen/gesellschaftlichen Organisationen in der früheren DDR bis 1989/90) habe ich Kenntnis genommen. Mir ist bekannt, dass ich bei den nachstehenden Fragen auch eine Mitgliedschaft oder Mitarbeit in anderen extremistischen oder extremistisch beeinflussten Organisationen und in extremistisch beeinflussten Ausländervereinen anzugeben habe.

Die nachstehenden Fragen beantworte ich wie folgt (ggf. ein Ergänzungsblatt benutzen):

1. Sind Sie oder waren Sie Mitglied einer oder mehrerer extremistischer oder extremistisch beeinflusster Organisationen?

<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Organisation
Zeitraum	Funktion

2. Unterstützen Sie eine oder mehrere extremistische oder extremistisch beeinflusste Organisation/en oder andere verfassungsfeindliche Bestrebungen oder haben Sie eine solche unterstützt?

<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Organisation oder andere verfassungsfeindliche Bestrebungen
Zeitraum	Art der Unterstützung

3. Sind Sie für das frühere Ministerium für Staatssicherheit / für das Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen DDR oder für eine der Untergliederungen dieser Ämter oder ausländischer Nachrichtendienste oder vergleichbarer Institutionen tätig gewesen?

<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Funktion bzw. Art und Weise der Unterstützung
Zeitraum	

4. Waren Sie sogenannter Inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit / Amtes für Nationale Sicherheit der ehemaligen DDR oder ausländischer Nachrichtendienste / Institutionen bzw. haben Sie Verpflichtungserklärungen zur Zusammenarbeit mit einer der genannten Stellen unterschrieben?

<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	falls ja, nähere Angaben
Zeitraum	

5. Haben Sie vor dem 8. November 1989 eine Funktion bei der SED, bei anderen mit ihr verbundenen Parteien, in Massenorganisationen / gesellschaftlichen Organisationen der früheren DDR (siehe Verzeichnis auf der Rückseite) oder eine sonstige herausgehobene Funktion im System der ehemaligen DDR ausgeübt?

<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Organisation
Zeitraum	Funktion

6. Ist gegen Sie ein Verfahren wegen des Verstoßes gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit eingeleitet worden?

<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	falls ja, kurze Erläuterung

Erklärung:

Ist in dem Verfahren entsprechend Abschnitt II Nr. 2 oder 3 der Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 3. Dezember 1991 in der derzeit gültigen Fassung eine Anfrage durchzuführen, so erkläre ich meine Zustimmung zur Einholung von erforderlichen Auskünften beim Landesamt für Verfassungsschutz, beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und bei der Zentralen Beweismittel- und Dokumentationsstelle der Landesjustizverwaltungen.

Verzeichnis der wichtigsten extremistischen oder extremistisch beeinflussten Organisationen und der wichtigsten Massenorganisationen / gesellschaftlichen Organisationen in der früheren DDR bis 1989/90
I. Linksextremismus:

- Antifaschistisches Komitee – Stoppt die schwarzbraune Sammlungsbewegung, *früher* Anti-Strauß-Komitee (ASK)
- Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)
- Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)
- Deutsche Friedens-Union (DFU)
- Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
- Initiative für die Vereinigung der revolutionären Jugend (IVRJ)
- Kommunistischer Bund (KB) - *aufgelöst 20. April 1991* -
- Kommunistischer Hochschulbund (KHB)
- Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)
- Marxistische Gruppe (MG) - *aufgelöst 1. Juni 1991* -
- Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund (MSB Spartakus) - *aufgelöst 23. Juni 1990* -
- Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)
- Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)
- Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)
- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten in der Bundesrepublik Deutschland (VVN-BdA)
- Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT)

II. Rechtsextremismus:

- Deutsche Bürgerinitiative (DBI)
- Deutsche Liga für Volk und Heimat
- Deutsche Volksunion e.V. (DVU), einschließlich ihrer Aktionsgemeinschaften
- Deutsche Volksunion (DVU)
- Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF)
- Die Republikaner (REP)
- Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), *verboten seit Februar 1995*
- Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.
- Gesellschaft für freie Publizistik e.V. (GFP)
- Gesinnungsgemeinschaft der neuen Front (früher „Bewegung“)
- Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)
- Junge Nationaldemokraten (JN)
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)
- Nationale Offensive (NO), *verboten seit Dezember 1992*
- Nationale Sammlung (NS), *verboten seit Februar 1989*
- Nationaler Block (NB), *verboten seit Juni 1993*
- Nationalistische Front (NF), *verboten seit November 1992*
- Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation (NRAO), *vormalig: Nationalrevolutionäre*
- Wiking-Jugend e.V. (WJ), *verboten seit November 1994*
- Burschenschaft „Danubia“, München - Aktivs ab Januar 2001 -

III. Ausländerextremismus:**1. Arabische und algerische Gruppen**

- Al-Gama'a Al-Islamiyya - GI - (Islamische Gemeinschaft)
- Al-Qaida (Die Basis)
- Arabische Mujahedin (Kämpfer für die Sache Allahs)
- Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA)
- Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP)
- Gruppen des libanesischen Widerstandes (AMAL)
- Hizb Al Da'Wa Al Islamiya (Partei des Islamischen Rufs/ der islamischen Mission)
- Hizb Allah (Partei Gottes)
- Internationale Islamische Front
- Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD) und deren Islamische Zentren (IZ)
- Islamische Heilsarmee (AIS)
- Islamische Heilsfront (FIS)
- Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS)
- Islamischer Bund Palästina (IBP)
- Jihad Islami (JI)
- Muslimbruderschaft (MB)
- Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)
- Volksfront für die Befreiung Palästinas - Generalkommando - (PFLP-GC)

2. Kurdische Gruppen

- Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), in Deutschland seit 26. November 1993 verboten
- Demokratische Partei Kurdistans/Irak (DPK-I)
- Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan), in Deutschland seit 26. November 1993 verboten
- Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM)
- Haus der Kurdischen Künstler e.V. (bisher: HUNERKOM)
- Islamische Bewegung Kurdistans (KIH)
- Kurdische Demokratische Volksunion (YDK) bisher: Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK), in Deutschland seit 26. November 1993 verboten
- Kurdischer Roter Halbmond (HSK)
- Kurdistan Informationsbüro in Deutschland (KIB), seit 2. März 1995 verboten
- Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ)
- Kurdistan-Komitee e.V., Köln, in Deutschland seit 26. November 1993 verboten
- Partei der freien Frauen (PJA) bisher: Union der freien Frauen aus Kurdistan (YAJK)
- Patriotische Union Kurdistans (PUK)
- Union der Aleviten aus Kurdistan (KAB)
- Union der Journalisten Kurdistans (YRK)
- Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK)
- Union der patriotischen Arbeiter Kurdistans (YKWK)
- Union zur Pflege der kurdischen Kultur und Kunst (YRWK)
- Verband der StudentInnen aus Kurdistan (YKK)
- Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK)

3. Türkische Gruppen

Bolschewistische Partei Nordkurdistans/Türkei (BP-KK/T)
 Devrimci Sol (Revolutionäre Linke), in Deutschland seit 9. Februar 1983 verboten
 Europäische Moscheebau und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG)
 Fazilet Partisi - FP - (Tugendpartei)
 Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF)
 Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e.V. (AGIF)
 Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (DIDF)
 Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)
 Föderation für demokratische Rechte in Deutschland (ADHF)
 Hilafet Devleti (Kalifatsstaat)
 auch: Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB)
 Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)
 Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK)
 Konföderation für demokratische Rechte in Europa (ADHK)
 Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)
 Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK)
 Partei der Nationalen Bewegung (MHP)
 Partizan
 Refah Partisi - RP - (Wohlfahrtspartei)
 Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C), in Deutschland seit 13. August 1998 verboten
 Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen in der Türkei (DETUDAK)
 Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO)
 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)
 Türkische Volksbefreiungspartei-Front (THKP-C Devrimci Sol), in Deutschland seit 13. August 1998 verboten

4. Sonstige Gruppen

Babbar Khalsa International
 Flüchtlingshilfe Iran e.V. (FHI)
 International Sikh Youth Federation (ISYF)
 Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V. (IMSV)
 Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)
 Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)
 Union islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.)
 Volksbewegung von Kosovo (LPK)
 Volksmodjahedin Iran

IV. Extremismus anderer Art

Scientology-Organisation (SO)

V. Massenorganisationen:

- Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB)
- Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)
- Deutscher Turn- und Sportbund (DTSB)
- Freie Deutsche Jugend (FDJ)
- Volkssolidarität (VS)
- Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD)
- Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (VKSK)
- Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB)
- Gesellschaft für Sport und Technik (GST)
- Kammer der Technik (KDT)
- Kulturbund der DDR (KB)

Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst
(Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 3. Dezember 1991 – StAnz Nr. 49/1991)
- Auszug -

- II.2** Bestehen auf Grund der Angaben im Fragebogen, der Weigerung des Bewerbers, die Erklärung über die Pflicht zur Verfassungstreue zu unterschreiben oder auf Grund anderweitig bekannt gewordener Tatsachen Zweifel daran, dass der Bewerber jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung eintritt, so müssen diese Zweifel vor einer Einstellung ausgeräumt werden. Mittel dazu sind insbesondere
- eine Anfrage beim Landesamt für Verfassungsschutz, ob Tatsachen bekannt sind, die Bedenken gegen die Einstellung begründen. Das Landesamt für Verfassungsschutz ist verpflichtet, Anfragen dieser Art unverzüglich zu beantworten. Liegen Erkenntnisse vor, so sind die Auskünfte auf Tatsachen zu beschränken, die gerichtsverwertbar sind. Die Auskunft über Erkenntnisse erteilt das Staatsministerium des Innern,
 - eine Anfrage beim Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes mit Zustimmung des Bewerbers,
 - eine Anfrage bei der Zentralen Beweismittel- und Dokumentationsstelle der Landesjustizverwaltungen mit Zustimmung des Bewerbers.
- II.3** Bei Bewerbern aus dem Beitrittsgebiet, die vor dem 15. Januar 1972 geboren sind, ist abweichend von Nr. 2 in jedem Fall wegen einer möglichen Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit bzw. Amt für Nationale Sicherheit der früheren DDR beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik mit Zustimmung des Bewerbers anzufragen.
- II.4** Bei Bewerbern, die in einem der folgenden Staaten geboren wurden oder die Staatsangehörigkeit eines dieser Staaten besitzen oder besessen haben, ist abweichend von Nummer 2 in jedem Fall beim Landesamt für Verfassungsschutz mit Zustimmung des Bewerbers anzufragen: Afghanistan, Ägypten, Algerien, Bahrain, Bangladesch, Eritrea, Indonesien, Irak, Iran, Israel (Personen mit palästinensischer Volkszugehörigkeit), Jemen, Jordanien, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Mauretanien, Oman, Pakistan, Saudi-Arabien, Somalia, Sudan, Syrien, Tunesien, Vereinigte Arabische Emirate. Das Gleiche gilt bei Bewerbern, die keine Staatsangehörigkeit besitzen (sog. Staatenlose) oder deren Staatsangehörigkeit unbekannt oder ungeklärt ist.
- II.5** Können die Zweifel nicht ausgeräumt werden, so ist dem Bewerber Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Bestehen nach dieser Stellungnahme die Zweifel fort, **so darf der Bewerber nicht als Leiharbeitnehmer an den Schulen eingesetzt werden.** Entsprechend ist zu verfahren, wenn der Bewerber die Zustimmung für eine Anfrage nach Nummern 3 oder 4 nicht erteilt.

Fragebogen zu Beziehungen zur Scientology-Organisation

(Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 29. Oktober 1996 – StAnz Nr. 44/96)

☒ Zutreffendes bitte **links** ankreuzen

Name, Vorname	Geburtsdatum
---------------	--------------

Hinweis nach Art. 16 Abs. 3 des Bayerischen Datenschutzgesetzes:

Hinsichtlich des Zweckes der Erhebung wird auf die unten abgedruckte Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 29. Oktober 1996 verwiesen. Ohne die Beantwortung der Fragen kommt eine Aufnahme in den Vertretungspool der Schule nicht in Betracht.

Anlässlich meines geplanten Einsatzes an einer staatlichen Schule in Bayern beantworte ich folgende Fragen:

1. Stehen Sie in geschäftlichen oder sonstigen Beziehungen (z.B. ehrenamtlicher oder angestellter Mitarbeiter, Vereinsmitglied, Inhaber eines vertraglichen Nutzungsrechts hinsichtlich der Technologie des Gründers der Scientology-Organisation, L. Ron Hubbard) zu einer Organisation, die nach Ihrer Kenntnis die Technologie von L. Ron Hubbard verwendet oder verbreitet oder nach diesen Methoden arbeitet?

Unter den Begriff „Organisationen“ fallen alle Organisationen, Gruppen und Einrichtungen der Scientology-Organisation, d.h. z.B. auch solche, die sich im sozialen und wirtschaftlichen Bereich oder im Bildungsbe-
reich betätigen.

☐ Nein☐ Ja, nämlich

Bezeichnung

2. Unterliegen Sie den Weisungen einer Organisation, die Hubbards Technologie verwendet oder verbreitet?

☐ Nein☐ Ja, nämlich

Bezeichnung

3. Nahmen Sie in den letzten zwölf Monaten oder nehmen Sie an Veranstaltungen, Kursen, Schulungen, Seminaren o.ä. bei o.g. Gruppierungen teil, die die Technologie von L. Ron Hubbard verwenden oder verbreiten oder nach diesen Methoden arbeiten, oder haben Sie sich hierzu bereits angemeldet?

☐ Nein☐ Ja, nämlich

Bezeichnung

4. Unterstützen Sie o.g. Gruppierungen auf andere Weise ideell oder finanziell?

☐ Nein☐ Ja, nämlich

Art und Weise der Unterstützung

5. Arbeiten Sie nach Methoden von L. Ron Hubbard oder wurden Sie nach dieser Methode geschult?

☐ Nein☐ Ja:

--

**Hinweise zur Vereinbarkeit von Beziehungen
zur Scientology-Organisation mit einer
Tätigkeit im öffentlichen Dienst
(Scientology-Organisation – ScientOöD)**

**Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung
vom 29. Oktober 1996 Az.: 476 – 1 – 160**

**Geändert mit Bekanntmachung vom 6. November
2001, AllMBI S. 620**

Die Scientology-Organisation in allen ihren Erscheinungsformen ist eine Vereinigung, die unter dem Deckmantel einer Religionsgemeinschaft wirtschaftliche Ziele verfolgt und den Einzelnen mittels rücksichtslos eingesetzter psycho- und sozial-technologischer Methoden einer totalen inneren und äußeren Kontrolle unterwirft, um ihn für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Der Absolutheitsanspruch sowie die totale Disziplinierung und Unterwerfung unter die Ziele der Organisation führen zu einem Konflikt mit den Dienstpflichten eines Beamten oder eines Arbeitnehmers im öffentlichen Dienst. Sie können Zweifel begründen, ob Personen, die in Beziehungen zu dieser Organisation stehen, die Eignung für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst besitzen.

Aus einer Reihe von Festlegungen und dem Selbstverständnis der Organisation ergeben sich außerdem Anhaltspunkte für Bestrebungen der Organisation, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind und die ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der verfassungsmäßigen Organe zum Ziel haben.

Um diesen Gefahren wirksam begegnen zu können, wird bestimmt:

1. Um dem Dienstherrn die Prüfung zu ermöglichen, ob von einem Bewerber erwartet werden kann, dass er bei einer Berufung in das Beamtenverhältnis seinen Dienstpflichten, insbesondere auch den in Art. 62 bis 64, 66 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) festgelegten Verpflichtungen, nachkommen wird, und ob er die Gewähr der Verfassungstreue im Sinne von Art. 9 Abs. 1 Nr. 2 BayBG bietet, sollen Bewerber nach dem Muster in der **Anlage** befragt werden, ob sie in Beziehungen zur Scientology-Organisation stehen. Bejaht ein Be-

werber derartige Beziehungen, so kann dies Zweifel an seiner Eignung für die Berufung in das Beamtenverhältnis (Art. 33 Abs. 2 des Grundgesetzes, Art. 12 BayBG) begründen. In einem Gespräch ist – unter Vorhalt von Aussagen und Zielsetzungen der Scientology-Organisation – dem Bewerber Gelegenheit zu geben, diese Zweifel auszuräumen. Distanziert sich der Bewerber im Gespräch nicht hinreichend und glaubhaft von den die Zweifel begründenden Zielen und Aussagen, kann eine Einstellung in den öffentlichen Dienst nicht erfolgen. Ist zur Erreichung eines Berufsziels eine Ausbildung im öffentlichen Dienst zwingend vorgeschrieben (Monopolausbildungsverhältnis), so ist ihre Ableistung außerhalb eines Beamtenverhältnisses zu ermöglichen. Beziehungen zur Scientology-Organisation in diesem Sinne sind nicht abhängig von einer formellen Mitgliedschaft, sondern können z.B. auch durch die regelmäßige Teilnahme an Schulungen der Scientology-Organisation, die Arbeit nach den Methoden der Scientology-Organisation oder durch Unterstützung der Scientology-Organisation in anderer Weise zum Ausdruck kommen.

2. Wird bekannt, dass ein Beamter in Beziehungen zur Scientology-Organisation steht, ist zu prüfen, ob er in diesem Zusammenhang Dienstpflichten verletzt hat. Ist dies der Fall, so ist gegen ihn ein Disziplinarverfahren durchzuführen, das zur Entfernung aus dem Dienst führen kann.
3. Für Arbeitnehmer/innen (Beschäftigte) im öffentlichen Dienst gelten die dargelegten Grundsätze entsprechend.
4. Den Gemeinden, Gemeindeverbänden und sonstigen der Aufsicht des Freistaates Bayern unterliegenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts wird empfohlen, nach den vorstehenden Bestimmungen zu verfahren. Das Gleiche gilt für die Empfänger einer institutionellen Förderung des Freistaates Bayern im weltanschaulichen Bereich.
5. Diese Bekanntmachung tritt am 1. November 1996 in Kraft.

Der Bayerische Ministerpräsident

Name, Vorname

Geburtsdatum

Niederschrift über die Verpflichtung

nach § 1 des Verpflichtungsgesetzes

Ich wurde auf die gewissenhafte Erfüllung meiner Obliegenheiten verpflichtet.
Mir wurde der Inhalt folgender Strafvorschriften des Strafgesetzbuches (StGB) bekanntgegeben:

§§ 93 bis 97 b Abs. 2 StGB - „Staatsgeheimnisse“	§ 133 Abs. 3 StGB - Verwahrungsbruch
§ 201 Abs. 3 StGB - Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	§ 203 Abs. 2, 4, 5 StGB - Verletzung von Privatgeheimnissen
§ 204 StGB - Verwertung fremder Geheimnisse	§§ 331, 332 StGB - Vorteilsnahme und Bestechlichkeit
§§ 353 b, 358 StGB, - Verletzung von Dienstgeheimnissen und einer besonderen Geheimhaltungspflicht und Nebenfolgen	

Ich wurde auf die strafrechtlichen Folgen einer Pflichtverletzung hingewiesen.
Ich erkläre hiermit, von dem Inhalt der genannten Bestimmungen unterrichtet zu sein.
Ich habe eine Abschrift der Niederschrift und der unten angeführten Vorschriften erhalten.

§ 93

Begriff des Staatsgeheimnisses

(1) Staatsgeheimnisse sind Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, die nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich sind und vor einer fremden Macht geheim gehalten werden müssen, um die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland abzuwenden.

(2) Tatsachen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder unter Geheimhaltung gegenüber den Vertragspartnern der Bundesrepublik Deutschland gegen zwischenstaatlich vereinbarte Rüstungsbeschränkungen verstoßen, sind keine Staatsgeheimnisse.

§ 94

Landesverrat

(1) Wer ein Staatsgeheimnis

1. einer fremden Macht oder einem ihrer Mittelsmänner mitteilt oder
2. sonst an einen Unbefugten gelangen lässt oder öffentlich bekannt macht, um die Bundesrepublik Deutschland zu benachteiligen oder eine fremde Macht zu begünstigen, und dadurch die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.

(2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe lebenslange Freiheitsstrafe oder Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter

1. eine verantwortliche Stellung missbraucht, die ihn zur Wahrung von Staatsgeheimnissen besonders verpflichtet, oder
2. durch die Tat die Gefahr eines besonders schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland herbeiführt.

§ 95

Offenbaren von Staatsgeheimnissen

(1) Wer ein Staatsgeheimnis, das von einer amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung geheim ge-

halten wird, an einen Unbefugten gelangen lässt oder öffentlich bekannt macht und dadurch die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft, wenn die Tat nicht in § 94 mit Strafe bedroht ist.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren. § 94 Abs. 2 Satz 2 ist anzuwenden.

§ 96

Landesverräterische Ausspähung, Auskundschaften von Staatsgeheimnissen

(1) Wer sich ein Staatsgeheimnis verschafft, um es zu verraten (§ 94), wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft.

(2) Wer sich ein Staatsgeheimnis, das von einer amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung geheim gehalten wird, verschafft, um es zu offenbaren (§ 95), wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar.

§ 97

Preisgabe von Staatsgeheimnissen

(1) Wer ein Staatsgeheimnis, das von einer amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung geheim gehalten wird, an einen Unbefugten gelangen lässt oder öffentlich bekannt macht und dadurch fahrlässig die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Wer ein Staatsgeheimnis, das von einer amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung geheim gehalten wird und das ihm kraft seines Amtes, seiner Dienststellung oder eines von einer amtlichen Stelle erteilten Auftrags zugänglich war, leichtfertig an einen Unbefugten gelangen lässt und dadurch fahrlässig die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland verur-

sacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(3) Die Tat wird nur mit Ermächtigung der Bundesregierung verfolgt.

§ 97b

Verrat in irriger Annahme eines illegalen Geheimnisses

(1) ...

(2) War dem Täter als Amtsträger oder als Soldat der Bundeswehr das Staatsgeheimnis dienstlich anvertraut oder zugänglich, so wird er auch dann bestraft, wenn nicht zuvor der Amtsträger einen Dienstvorgesetzten, der Soldat einen Disziplinarvorgesetzten um Abhilfe angerufen hat. Dies gilt für die für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten und für Personen, die im Sinne des § 353b Abs. 2 verpflichtet worden sind, sinngemäß

§ 133

Verwahrungsbruch

(1) Wer Schriftstücke oder andere bewegliche Sachen, die sich in dienstlicher Verwahrung befinden oder ihm oder einem Anderen dienstlich in Verwahrung gegeben worden sind, zerstört, beschädigt, unbrauchbar macht oder der dienstlichen Verfügung entzieht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Dasselbe gilt für Schriftstücke oder andere bewegliche Sachen, die sich in amtlicher Verwahrung einer Kirche oder anderen Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts befinden oder von dieser dem Täter oder einem anderen amtlich in Verwahrung gegeben worden sind.

(3) Wer die Tat an einer Sache begeht, die ihm als Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten anvertraut worden oder zugänglich geworden ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 201

Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unbefugt

1. das nichtöffentlich gesprochene Wort eines Anderen auf einen Tonträger aufnimmt oder
2. eine so hergestellte Aufnahme gebraucht oder einem Dritten zugänglich macht.

(2) Ebenso wird bestraft, wer unbefugt

1. das nicht zu seiner Kenntnis bestimmte nichtöffentlich gesprochene Wort eines Anderen mit einem Abhörgerät abhört oder
2. das nach Absatz 1 Nr. 1 aufgenommene oder nach Absatz 2 Nr. 1 abgehörte nichtöffentlich gesprochene Wort eines Anderen im Wortlaut oder seinem wesentlichen Inhalt nach öffentlich mitteilt.

Die Tat nach Satz 1 Nr. 2 ist nur strafbar, wenn die öffentliche Mitteilung geeignet ist, berechnete Interessen eines Anderen zu beeinträchtigen. Sie ist nicht rechtswidrig, wenn die öffentliche Mitteilung zur Wahrnehmung überragender öffentlicher Interessen gemacht wird.

(3) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer als Amtsträger oder als für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter

die Vertraulichkeit des Wortes verletzt (Absätze 1 und 2).

(4) ...

(5) ...

§ 203

Verletzung von Privatgeheimnissen

(1) ...

(2) Ebenso wird bestraft, wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein zum persönlichen Lebensbereich gehörendes Geheimnis oder ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, offenbart, das ihm als

1. Amtsträger,
2. für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten,
3. Person, die Aufgaben oder Befugnisse nach dem Personalvertretungsrecht wahrnimmt,
4. Mitglied eines für ein Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Landes tätigen Untersuchungsausschusses, sonstigen Ausschusses oder Rates, das nicht selbst Mitglied des Gesetzgebungsorgans ist, oder als Hilfskraft eines solchen Ausschusses oder Rates oder
5. öffentlich bestelltem Sachverständigen, der auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten auf Grund eines Gesetzes förmlich verpflichtet worden ist,

anvertraut worden oder sonst bekannt geworden ist. Einem Geheimnis im Sinne des Satzes 1 stehen Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse eines Anderen gleich, die für Aufgaben der öffentlichen Verwaltung erfasst worden sind; Satz 1 ist jedoch nicht anzuwenden, soweit solche Einzelangaben anderen Behörden oder sonstigen Stellen für Angaben der öffentlichen Verwaltung bekannt gegeben werden und das Gesetz dies nicht untersagt.

(3) ...

(4) Die Absätze 1 bis 3 sind auch anzuwenden, wenn der Täter das fremde Geheimnis nach dem Tod des Betroffenen unbefugt offenbart.

(5) Handelt der Täter gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einen Anderen zu bereichern oder einen Anderen zu schädigen, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe.

§ 204

Verwertung fremder Geheimnisse

(1) Wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, zu dessen Geheimhaltung er nach § 203 verpflichtet ist, verwertet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) § 203 Abs. 4 gilt entsprechend.

§ 299

Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr

(1) Wer als Angestellter oder Beauftragter eines geschäftlichen Betriebes im geschäftlichen Verkehr einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er einen Anderen bei dem Bezug von Waren oder gewerblichen Leistungen im Wettbewerb in unlauterer Weise bevorzuge, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer im geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbs einem Angestellten oder Beauftragten eines geschäftlichen Betriebes einen Vorteil für diesen oder einen Dritten als Gegenleistung dafür anbietet, verspricht oder gewährt, dass er ihn oder einen Anderen bei dem Bezug von Waren oder gewerblichen Leistungen in unlauterer Weise bevorzuge.

§ 331

Vorteilsannahme

(1) Ein Amtsträger oder ein für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter, der für die Dienstausübung einen Vorteil für sich oder einen Dritten fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ein Richter oder Schiedsrichter, der einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er eine richterliche Handlung vorgenommen hat oder künftig vornehme, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Der Versuch ist strafbar.

(3) Die Tat ist nicht nach Absatz 1 strafbar, wenn der Täter einen nicht von ihm geforderten Vorteil sich versprechen lässt oder annimmt und die zuständige Behörde im Rahmen ihrer Befugnisse entweder die Annahme vorher genehmigt hat oder der Täter unverzüglich bei ihr Anzeige erstattet und sie die Annahme genehmigt.

§ 332

Bestechlichkeit

(1) Ein Amtsträger oder ein für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter, der einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er eine Diensthandlung vorgenommen hat oder künftig vornehme und dadurch seine Dienstpflichten verletzt hat oder verletzen würde, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe. Der Versuch ist strafbar.

(2) Ein Richter oder Schiedsrichter, der einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er eine richterliche Handlung vorgenommen hat oder künftig vornehme und dadurch seine richterlichen Pflichten verletzt hat oder verletzen würde, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft. In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren.

(3) Falls der Täter den Vorteil als Gegenleistung für eine künftige Handlung fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, so sind die Absätze 1 und 2 schon dann anzuwenden, wenn er sich dem Anderen gegenüber bereit gezeigt hat,

1. bei der Handlung seine Pflichten zu verletzen oder,
2. soweit die Handlung in seinem Ermessen steht,

sich bei Ausübung des Ermessens durch den Vorteil beeinflussen zu lassen.

§ 353b

Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht

(1) Wer ein Geheimnis, das ihm als

1. Amtsträger,
2. für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten oder
3. Person, die Aufgaben oder Befugnisse nach dem Personalvertretungsrecht wahrnimmt, anvertraut worden oder sonst bekannt geworden ist, unbefugt offenbart und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Hat der Täter durch die Tat fahrlässig wichtige öffentliche Interessen gefährdet, so wird er mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Wer, abgesehen von den Fällen des Absatzes 1, unbefugt einen Gegenstand oder eine Nachricht, zu deren Geheimhaltung er

1. auf Grund des Beschlusses eines Gesetzgebungsorgans des Bundes oder eines Landes oder eines seiner Ausschüsse verpflichtet ist oder
2. von einer anderen amtlichen Stelle unter Hinweis auf die Strafbarkeit der Verletzung der Geheimhaltungspflicht förmlich verpflichtet worden ist, an einen Anderen gelangen lässt oder öffentlich bekannt macht und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(3) Der Versuch ist strafbar.

(4) Die Tat wird nur mit Ermächtigung verfolgt. Die Ermächtigung wird erteilt

1. von dem Präsidenten des Gesetzgebungsorgans
 - a) in den Fällen des Absatzes 1, wenn dem Täter das Geheimnis während seiner Tätigkeit bei einem oder für ein Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Landes bekannt geworden ist,
 - b) in den Fällen des Absatzes 2 Nr. 1;
2. von der obersten Bundesbehörde
 - a) in den Fällen des Absatzes 1, wenn dem Täter das Geheimnis während seiner Tätigkeit sonst bei einer oder für eine Behörde oder bei einer anderen amtlichen Stelle des Bundes oder für eine solche Stelle bekannt geworden ist,
 - b) in den Fällen des Absatzes 2 Nr. 2, wenn der Täter von einer amtlichen Stelle des Bundes verpflichtet worden ist;
3. von der obersten Landesbehörde in allen übrigen Fällen der Absätze 1 und 2 Nr. 2.

§ 358

Nebenfolgen

Neben einer Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten wegen einer Straftat nach den §§ 332, 226, 340, 343, 344, 345 Abs. 1 und 3, §§ 348, 352 bis 353b Abs. 1, §§ 354, 355 und 357 kann das Gericht die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden (§ 45 Abs. 2), aberkennen.

Name, Vorname	Geburtsdatum
---------------	--------------

Protokoll über die Belehrung gemäß §§ 35, 34 Infektionsschutzgesetz (IfSG)

Ich wurde über folgende gesundheitlichen Anforderungen an und von Personen, die an Schulen regelmäßig Tätigkeiten ausüben und Kontakt mit Schülerinnen und Schülern haben, und meine Mitwirkungspflichten belehrt:

Personen, die an

Cholera, Diphtherie, Enteritis durch enterohäorrhagische E.coli (EHEC), virusbedingtem hämorrhagischem Fieber, Haemophilus influenza Typ b-Meningitis, Impetigo contagiosa (ansteckende Borkenflechte) Keuchhusten, ansteckungsfähiger Lungentuberkulose, Masern, Meningokokkeninfektion, Mumps, Paratyphus, Pest, Poliomyelitis, Scabies (Krätze), Scharlach oder sonstigen Streptococcus pyogenes-Infektionen, Shigellose, Typhus abdominalis, Virushepatitis A oder E und Windpocken erkrankt oder dessen verdächtig oder die verlaust sind, dürfen in Schulen keine Lehr- und Erziehungs-, Pflege-, Aufsichts- oder sonstige Tätigkeiten ausüben, bei denen sie Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern haben, bis nach ärztlichem Urteil eine Weiterverbreitung der Krankheit oder der Verlaustung durch sie nicht mehr zu befürchten sind.

Dies gilt auch für Leiharbeitnehmer, in deren Wohngemeinschaft nach ärztlichem Urteil eine Erkrankung an oder ein Verdacht auf Cholera, Diphtherie, Enteritis durch enterohäorrhagische E.coli (EHEC), virusbedingten hämorrhagischem Fieber, Haemophilus influenza Typ b-Meningitis, ansteckungsfähiger Lungentuberkulose, Masern, Meningokokkeninfektion, Mumps, Paratyphus, Pest, Poliomyelitis, Shigellose, Typhus abdominalis, Virushepatitis A oder E aufgetreten ist.

Ausscheider von Vibrio cholerae O1 und O139, Corynebacterium diphtheriae, Toxin bildend, Salmonelle Typhi, Salmonella Paratyphi, Shigella sp. und enterohäorrhagischen E.coli (EHEC) dürfen nur mit Zustimmung des Gesundheitsamtes und unter Beachtung der gegenüber dem Ausscheider und der Schule verfügbaren Schutzmaßnahmen die Schulräume betreten, Einrichtungen der Schule benutzen und an Schulveranstaltungen teilnehmen.

Wenn einer der genannten Tatbestände aufgetreten ist, so hat der Leiharbeitnehmer der Schulleitung hiervon unverzüglich Mitteilung zu machen.

Name, Vorname	Geburtsdatum
---------------	--------------

Merkblatt über das Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken

Für den Freistaat Bayern Tätige müssen jeden Anschein vermeiden, im Rahmen ihrer Tätigkeit für persönliche Vorteile empfänglich zu sein.

Auch als an einer Schule des Freistaats tätiger Leiharbeitnehmer verpflichten Sie sich dazu, Belohnungen oder Geschenke in Bezug auf Ihre Tätigkeit an der Schule nur mit Zustimmung der Schulleitung anzunehmen.

Erläuterungen

Zur Erläuterung wird auf folgendes hingewiesen:

1. „Belohnungen“ und „Geschenke“ in diesem Sinne sind alle unentgeltlichen Zuwendungen, auf die der Empfänger keinen gesetzlich begründeten Anspruch hat und die ihn materiell oder auch immateriell objektiv besser stellen (Vorteil).
Unentgeltlich ist eine Zuwendung auch dann, wenn zwar eine Gegenleistung erfolgt, diese aber in keinem angemessenen Verhältnis zur gewährten Leistung steht.
Ein derartiger Vorteil kann liegen in
 - der Zahlung von Geld,
 - der Überlassung von Gutscheinen oder von Gegenständen (z.B. Baumaschinen, Fahrzeuge) zum privaten Gebrauch,
 - besonderen Vergünstigungen bei Privatgeschäften,
 - der Gewährung von Rabatten, die nicht allen Angehörigen des öffentlichen Dienstes oder einer allgemeinen Berufsgruppe, der der Bedienstete angehört, generell eingeräumt werden,
 - der Zahlung unverhältnismäßig hoher Vergütungen für - auch genehmigte - private Nebentätigkeiten (z.B. Gutachten, Erstellung von Abrechnungen),
 - der Mitnahme auf Urlaubsreisen,
 - Bewirtungen,
 - der Gewährung von Unterkunft,
 - dem Bedenken mit einem Vermächtnis sowie
 - sonstigen Zuwendungen jeder Art.

Es kommt nicht darauf an, ob der Vorteil von der zuwendenden Person unmittelbar oder in ihrem Auftrag von Dritten gewährt wird.

Es ist auch ohne Bedeutung, ob der Vorteil unmittelbar oder – z. B. bei Zuwendungen an Angehörige – nur mittelbar zufließt.

Die Weitergabe von Vorteilen an Dritte, z.B. Verwandte, Bekannte, Kollegen oder soziale Einrichtungen, „rechtfertigt“ nicht deren Annahme.

2. „In Bezug auf die Tätigkeit ist ein Vorteil immer dann gewährt, wenn die zuwendende Person sich davon leiten lässt, dass der Empfänger eine bestimmte Tätigkeit ausübt oder ausgeübt hat. Ein Bezug zu einer bestimmten Tätigkeit ist nicht erforderlich. Vorteile, die ausschließlich mit Rücksicht auf Beziehungen innerhalb der privaten Sphäre gewährt werden, sind nicht in Bezug auf die Tätigkeit gewährt. Derartige Beziehungen dürfen aber nicht mit Erwartungen in Bezug auf die Tätigkeit verknüpft sein. Erkennt der Empfänger, dass an den persönlichen Verkehr derartige Erwartungen geknüpft werden, dürfen weitere Vorteile nicht mehr angenommen werden. Der Schulleiter ist von versuchten Einflussnahmen zu unterrichten.
3. Die Zustimmung zur Annahme eines Vorteils darf nur erteilt werden, wenn nach Lage des Falles nicht zu besorgen ist, dass die Annahme die objektive Aufgabenerfüllung des Leiharbeitnehmers beeinträchtigt oder bei dritten Personen, die von der Zuwendung Kenntnis erlangen, den Eindruck ihrer Befangenheit entstehen lassen könnte. Die Zustimmung darf insbesondere nicht erteilt werden, wenn mit der Zuwendung von Seiten der zuwendenden Person erkennbar eine Beeinflussung beabsichtigt ist oder in dieser Hinsicht Zweifel bestehen. Die Zustimmung kann mit der Auflage erteilt werden, die Zuwendung z.B. an eine soziale Einrichtung oder eine Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts weiterzugeben; in der Regel wird es zweckmäßig sein, die zuwendende Person von der Weitergabe der Zuwendung zu unterrichten. Eine Zustimmung soll schriftlich erteilt werden.

Die Verletzung dieser Pflichten kann einen wichtigen Grund zur fristlosen Beendigung der Arbeitnehmerüberlassung darstellen.

2230.1.1.1.1.4-UK

Zulassung von Lernmitteln**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus****vom 4. Oktober 2007 Az.: III.4 – 5 S 1321.1 – 5.104 547**

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schularten zugelassen.

Die mit ^R gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung und berücksichtigen die vom Rat für deutsche Rechtschreibung vorgelegten und von der Kultusministerkonferenz Anfang März 2006 beschlossenen Änderungen.

1. Lernmittelfreie Lernmittel**Allgemein bildende Schulen****Grundschule****Heimat- und Sachunterricht****Wißner-Verlag, Augsburg:**

^R**Mein Augsburg**, v. Wißner/Müller, ISBN 978-3-89639-536-8, 2. Aufl. 07, 12,80 €, ZN 229/06-V (19.09.07), zugel. f.d. Jgst. 3 u. 4 in Stadt u. Lkr. Augsburg sowie in den angrenzenden Landkreisen

Religionslehre – katholisch**Kösel-Verlag, München/
Auer Verlag, Donauwörth:****Hinweis:**

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

fragen – suchen – entdecken, Religion in der Grundschule, hrsg. v. Ort/Rendle:

^R**3**: ISBN 978-3-466-50645-3, 2. Aufl. 06, 11,95 €, ZN 15/04-V (26.09.07)

Hauptschule**Physik / Chemie / Biologie****Bayerischer Schulbuch Verlag, München:**

Natur entdecken, Ausg. B, hrsg. v. Schurius:

^R**9**: ISBN 978-3-7627-4029-2, 1. Aufl. 07, 17,95 €, ZN 119/07-V (22.06.07), zugel. f.d. Jgst. 9/M9

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

Natur und Technik • Physik/Chemie/Biologie, Hauptschule Bayern, Neue Ausgabe:

^R**9**: v. Gepperth u. a., ISBN 978-3-464-85516-4, 1. Aufl. 07, 18,95 €, ZN 168/07-V (25.09.07)

Realschule**Betriebswirtschaftslehre / Rechnungswesen****Verlag Ernst Vögel, Stamsried:****Hinweis:**

Die nachfolgend genannten Werke gelten nach § 17 Abs. 2 ZLV in ihrer bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

Betriebswirtschaftslehre/Rechnungswesen, v. Harbauer u. a.:

^R**AK 7**: ISBN 978-3-89650-242-1, 2. Aufl. 07, 14,50 €, ZN 266/01-R6 (19.09.07)

^R**AK 8**: ISBN 978-3-89650-245-2, 2. Aufl. 07, 19,50 €, ZN 135/02-R6 (19.09.07)

^R**AK 8 IIIa**: ISBN 978-3-89650-258-2, 2. Aufl. 07, 17,50 €, ZN 80/04-R6 (19.09.07), zugel. f.d. WPflFG. IIIa u. IIIb

^R**AK 9**: ISBN 978-3-89650-250-6, 3. Aufl. 07, 19,50 €, ZN 92/03-R6 (19.09.07)

^R**AK 10**: ISBN 978-3-89650-253-7, 3. Aufl. 07, 19,50 €, ZN 93/04-R6 (19.09.07)

Französisch**Diesterweg Verlag, Braunschweig:*****Tout va bien*:**

^R**4**: v. Bartel u. a., ISBN 978-3-425-03641-0, Aufl. 06/**Druck A¹07**, 16,95 €, ZN 134/07-R6 (18.09.07), zugel. f.d. Jgst. 10

Religionslehre – katholisch**Kösel-Verlag, München:****Hinweis:**

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

Reli Realschule, hrsg. v. Hilger/Reil:

^R**9**: ISBN 978-3-466-50679-8, 2. Aufl. 07, 11,95 €, ZN 183/03-R6 (26.09.07)

Gymnasium**Chemie****C.C. Buchners Verlag, Bamberg/
DUDEN PAETEC Schulbuchverlag, Berlin:**

Natürlich! Chemie, hrsg. v. Deibenberger:

^R**9 SG**: ISBN 978-3-7661-3461-5, 1. Aufl. 07, 16,90 €, ZN 160/07-G8 (01.08.07)

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:**elemente Chemie**, Bayern, v. Brückl. u. a.:**R9 NTG:** ISBN 978-3-12-756030-5, 1. Aufl. 07, 17,90 €, ZN 144/07-G8 (19.07.07)**Italienisch****C.C. Buchners Verlag, Bamberg:****Appunto**, hrsg. v. Jäger/Mörl, zugl. in Italienisch als 3. FS:**R2:** ISBN 978-3-7661-4982-4, 1. Aufl. 07, 24,80 €, ZN 164/07-G8 (07.08.07), zugl. f.d. Jgst. 9 u. 10**Physik****Oldenbourg Schulbuchverlag, München:****Galileo**, v. Deger u. a.:**R9:** ISBN 978-3-486-00095-5, 1. Aufl. 07, 16,95 €, ZN 191/07-G8 (31.08.07)

2. Lernmittel, die nur unter den Voraussetzungen
des Art. 21 Abs. 3 Satz 2 des
Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes
vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, KWMBI I S. 251)
lernmittelfrei sind

Allgemein bildende Schulen

RealschuleChemie**Oldenbourg Schulbuchverlag, München/
Bayerischer Schulbuch Verlag, München:****RFormelsammlung Mathematik • Physik • Chemie**, hrsg. v. Ernhofer, ISBN 978-3-486-00295-9, 1. Aufl. 07, 5,95 €, ZN 166/07-R6 (06.08.07), zugl. ab Jgst. 9 (vgl. M/Ph)Mathematik**Oldenbourg Schulbuchverlag, München/
Bayerischer Schulbuch Verlag, München:****RFormelsammlung Mathematik • Physik • Chemie**, hrsg. v. Ernhofer, ISBN 978-3-486-00295-9, 1. Aufl. 07, 5,95 €, ZN 166/07-R6 (06.08.07), zugl. ab Jgst. 9 (vgl. Ch/Ph)Physik**Oldenbourg Schulbuchverlag, München/
Bayerischer Schulbuch Verlag, München:****RFormelsammlung Mathematik • Physik • Chemie**, hrsg. v. Ernhofer, ISBN 978-3-486-00295-9, 1. Aufl. 07, 5,95 €, ZN 166/07-R6 (06.08.07), zugl. ab Jgst. 9 (vgl. Ch/M)**3. Nicht lernmittelfreie, aber zulassungspflichtige
Lernmittel**

Allgemein bildende Schulen

Förderschulen und Schulen für Kranke

Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung

Förderschwerpunkt geistige Entwicklung**Cornelsen Verlag, Berlin/München:****Klick! Mathematik 1**, v. Burkhart u. a.:**RArbeitsbuch 1:** ISBN 978-3-06-080525-9, 1. Aufl. 07, 8,95 €, ZN 188/07-S (03.09.07), zugl. i.d. Grundschulst.**RArbeitsbuch 2:** ISBN 978-3-06-080529-7, 1. Aufl. 07, 8,95 €, ZN 188/07-S (03.09.07), zugl. i.d. Grundschulst.GymnasiumMathematik**C.C. Buchners Verlag, Bamberg/
DUDEN PAETEC Schulbuchverlag, Berlin:****delta – Arbeitsheft, Mathematik für Gymnasien**, hrsg. v. Schätz/Eisentraut:**R9:** ISBN 978-3-7661-6089-8, 1. Aufl. 07, 7,40 €, ZN 182/07-G8 (22.08.07)

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt jeweils
mit Wirkung des in Klammern angegebenen Datums
in Kraft.

Erhard
Ministerialdirektor